

# Maßhau

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch  
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryeckgasse 4  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN  
Nr. 18 Dezember 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S —90.

## Die Nazi-Henker an der Arbeit

Hammacher, Waeser, Wilms, Horch, Moritz, Engels, Gerber, Lüttgens, Wolf, Möller, Tesch, Volk, Schriefer und Büchler

Am 30. November wurden in Köln die Arbeiter Hammacher, Waeser, Wilms, Horch, Moritz und Engels enthauptet. Am 28. November wurde in Breslau der Arbeiter Kurt Gerber enthauptet. Am 1. August wurden in Altona die Arbeiter Bruno Tesch, August Lüttgens, Walter Möller und Karl Wolf enthauptet.

In Bamberg wurde der katholische Antifaschist Lorenz Schriefer enthauptet.

In Butzbach wurde der Reichsbanner Ludwig Büchler enthauptet.

Sie alle, Blutzengen des heroischen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse, starben wie Helden. Keiner brach am Schafott vor den blutigen Henkern zusammen. Sie kämpften und starben als aufrechte Proletarier: Kommunisten, Sozialdemokraten, katholische Arbeiter. Den Kampfegeist dieser Märtyrer des proletarischen Befreiungskampfes drückte am schärfsten August Lüttgens aus, der den Antrag des Altonaer Staatsanwaltes mit den Worten beantwortete:

»Dieser Antrag, mich zum Tode zu verurteilen, ist die größte Ehre, die einem Revolutionär zuteil werden kann. Auch die Todesstrafe, die gegen mich und gegen meine Mitangeklagten beantragt worden ist, wird die antifaschistischen Arbeiter nicht vom Wege des Kampfes gegen den Faschismus abbringen. Wie dieser Prozeß auch ausgehen mag, die revolutionäre Arbeiterschaft wird ihre Pflicht im revolutionären Kampf gegen den Faschismus erfüllen.«

Die Hinrichtung der Altonaer Helden erfolgte am 1. August. Als August Lüttgens seinen Kopf auf das Schafott legte, rief er: »Ich sterbe für die proletarische Revolution! Rot Front!« Als der Angeklagte Karl Wolf auf dem Schafott nach seinem letzten Wunsch gefragt wurde, schlug er mit der Faust einem SA-Mann, der neben ihm stand um sich das Schauspiel, wie Revolutionäre sterben, anzusehen, mit voller Wucht ins Gesicht. Dann legte auch er sein Haupt aufs Schafott.

Den Märtyrern von Altona sind jetzt die jungen sechs Arbeiter in Köln, der junge Revolutionär Kurt Gerber in Breslau, gefolgt.

Sie alle sind die ersten einer langen Reihe von revolutionären Arbeitern, denen Hitler das gleiche Schicksal vorbereitet.

Die Arbeiter der Welt, die einst die Straßen der Weltstädte überschwemmten als Saccos und Vanzetti Todesstrafe schlug, sind angesichts der grauenvollen Hinrichtungen in Deutschland stumm geblieben. Hier und dort ein vereinzelter Prolet — aber die große, weltumspannende Solidaritätsaktion der Arbeiter kam nicht zustande.

Jetzt sprechen die deutschen Henker von »Gnadenaktionen«, die sie vorbereiten. Wehe den Arbeitern, die sich durch dieses heuchlerische Geschwätz der Henker beirren lassen. Kaum waren die ersten Worte von »Amnestie und Gnade« verklingen, da sauste in Köln das Richtbeil nieder und vernichtete das Leben von sechs jungen Arbeitern, da stand der junge Proletarier Kurt Gerber in Breslau auf dem Schafott.

Keine Illusionen über die Gnade der Mörder! Die Bosten, die sich in den Händen der faschistischen Henker befinden, sind rettungslos verloren, wenn sie nicht durch die Kraft des internationalen Proletariats gerettet werden.

Gebt Euch keiner Täuschung hin, daß der offensichtliche Zusammenbruch des Reichstagsbrandprozesses das Leben Dimitroffs, Torglers, Popoffs und Tanews sichert. Wenn das Blutgericht vor einem

Schreckensurteil Scheu haben sollte, dann wartet Göring bereits, um die Wehrlosen bei einem »Fluchtversuch« zur Strecke zu bringen. Die Worte Görings vor dem Reichsgericht waren klar und eindeutig!

Hofft nichts davon, daß große Namen, berühmte Schriftsteller, Lords und Ladies, durch das Gewicht ihres Namens in der bürgerlichen Öffentlichkeit den Henkern in den Armen fallen können.

Nichts kann die Gefangenen, mit dem Tod bedrohten deutschen Revolutionäre retten als die internationale Solidarität des Proletariats. Nichts kann die Reaktion, die überall ihre Haupt erhebt, mehr einschüchtern, als wenn sie sieht, daß die Arbeiter in jedem Lande nicht nur an ihre Sorgen denken, son-

dern daß sie sich brüderlich mit ihren deutschen Genossen verbunden fühlen und daß sie ihre ganze Kraft in die Wagschale der internationalen Solidarität werfen.

In wenigen Tagen wird das Blutgericht in Leipzig sein Urteil fällen. Der Tag des Urteilspruches wird bald bekannt sein. Wartet nicht auf das Urteil! An dem Tage, an dem die Henker in Leipzig ihr Urteil sprechen — das Urteil über jene, an deren Unschuld niemand auf dem ganzen Erdball zweifelt — müssen die Arbeiter ohne Unterschied der Partei und Weltanschauung sich zu einer gemeinsamen, machtvollen Solidaritätsaktion zusammenfinden.

## Das Weltproletariat im Kampfe

Seit die deutsche Sozialdemokratie voll Schimpf und Schande im Abgrund versunken ist und das deutsche und internationale Proletariat unter dem Eindruck des Niederbruchs der deutschen Arbeiterbewegung steht, glaubt die Konterrevolution nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt, daß die Abenddämmerung der Arbeiterbewegung begonnen hat, daß die große Rebellion der Unterdrückten im Abklängen begriffen ist, daß sich das Proletariat allmählich in sein Schicksal fügen wird, von der Bourgeoisie ausgebeutet und schließlich auf dem »Feld der Ehre« geopfert zu werden. Wir verhehlen nicht, daß es auch viele Arbeiter und Sozialisten gibt, die von dieser kleinbürgerlichen Zweifelsucht ergriffen sind, die Fragen: Ist nicht die Alternative »Sozialismus oder Barbarei« nunmehr zu Gunsten der Barbarei entschieden?

Blicken wir einmal kurz um uns: Wie sieht es denn in der internationalen Arbeiterbewegung aus? Wird das Proletariat durch die deutsche Niederlage in seinem Klassenkampf schwankend gemacht, gibt es sich selbst auf, weicht es zurück? Nehmen wir einmal die wichtigsten Großmächte Europas: Frankreich und England, Länder, in denen die Arbeiterbewegung noch legal ist und es ermöglicht, die Prozesse, die sich innerhalb der Arbeiterklasse vollziehen, an der Hand einer Reihe von Ausdrucksformen augenfällig zu beobachten. Zunächst England: In den letzten Monaten haben eine Reihe von Nachwahlen stattgefunden, kürzlich erst Gemeinderatswahlen. Sie brachten der Labourparty einen außerordentlichen Erfolg. Das will nicht etwa besagen, daß dieser Erfolg eine Festigung des Reformismus in England bedeuten muß. Bei einer richtigen Politik der revolutionären Partei ist der Uebergang der Massen aus dem bürgerlichen Lager in jenes der Sozialdemokratie nur eine vorübergehende Etappe im Prozeß der Linksentwicklung und der Radikalisierung der Massen. Gleichzeitig damit vollzieht sich in den Reihen der fortgeschrittensten sozialistischen Arbeiter, die in der Unabhängigen Arbeiterpartei organisiert sind, eine Wendung zu den Ideen der proletarischen Revolution. Trotz der bisherigen Ohnmacht und der Fehler der englischen Kominternpartei und des furchtbaren Versagens der Komintern in Deutschland, wenden sich die Arbeiter der Unabhängigen Arbeiterpartei der Oktoberrevolution zu — zögernd, kritisch, voll berechtigter »Wenn« und »Aber« — aber sie wenden sich trotz des Stalinismus den revolutionären Ideen zu.

Und in Frankreich? Auch hier haben in den letzten Monaten eine Reihe kleinerer Nachwahlen stattgefunden und diese zeugen ein leichtes Ansteigen der Kommunisten; trotzdem die französische Komm-

partei durch ihre Politik seit Jahren bei den Massen sehr diskreditiert ist (Vergessen wir nicht, daß die KPF 1920 die überwältigende Mehrheit der französischen Sozialdemokratie auf dem Parteitag der französischen Sozialisten eroberte.) Aber nicht diese Wahlerfolge sind das Charakteristische in der gegenwärtigen Situation der französischen Arbeiterbewegung. Von unvergleichlich größerer Bedeutung ist die Streikwelle, die in Frankreich mit dem großen Streik der Staatsarbeiter und Beamten am 20. Februar begonnen hat. Metallarbeiter, Bauarbeiter, Binnenschiffer, Hafenarbeiter sind nacheinander in den Streik getreten. Mit großer Sorge sieht die Regierung Chautemps, die jetzt neue Abzüge beschossen hat, dem kommenden Widerstand der Staatsangestellten gegen diese Politik entgegen. Ein Reflex dieser Radikalisierung der französischen Arbeiter ist die Spaltung der französischen Sozialdemokratie. Unter dem Druck der sozialistischen Arbeiter ist jetzt die Sozialdemokratie in Frankreich gezwungen gewesen, ihre Rechten (Renaudet, Marquet & Co.) auszuschließen.

So zeigen uns beide großen Länder, daß trotz der Erschütterung der internationalen Arbeiterklasse durch die deutsche Niederlage, der alte Kampfegeist umgebrochen ist. Dies zeigt auch die Arbeiterklasse anderer Teile Europas, so z. B. die skandinavische Arbeiterbewegung, die sich nach links entwickelt. Dieser Linksentwicklung verdankt die Norwegische Arbeiterpartei, eine sich besonders links gebärdende reformistische Partei, die bis vor wenigen Wochen auf stärkste von der SAP unterstützt wurde (diese Freundschaft ist jetzt in Brüche gegangen, weil Trotzki beim Block mit der SAP den Bruch mit der norwegischen Arbeiterpartei forderte) ihren kürzlichen Wahlerfolg (Sie stieg von 47 auf 69 Mandate). An anderer Stelle behandeln wir ausführlich die Vorgänge in der österreichischen Arbeiterschaft, da Oesterreich jetzt und in der nächsten Zukunft für die europäische Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung ist. Es genügt hier die Feststellung, daß weder die Verräterei der SP-Führer, noch die Zermürbungstaktik der Faschisten die inneren Kräfte der österreichischen Arbeiterbewegung gebrochen haben. Ueber die Linksentwicklung in der Schweiz bei den Wahlen in Lausanne und Genf hat die Tagespresse jüngst ausführlich berichtet.

In einem gewissen Gegensatz dazu stehen die Ereignisse in Spanien, der konterrevolutionäre Aufschwung, den die jetzigen Corteswahlen signalisieren. In Spanien ist es der verbrecherischen und korrupten Politik der Reformisten gelungen, einen bedeutenden Teil der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen.

die von der Revolution enttäuscht wurden, der Konterrevolution in die Arme zu treiben. Gleichzeitig hat das kleinbürgerliche Revokuzzertum der Anarchisten, die seit einiger Zeit die große revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Syndikalist, die CNT, erobert haben, dazu geführt, daß sich die Kräfte der revolutionären Arbeiterbewegung in nutzlosem Guerillakrieg und unvorbereiteten Streikaktionen zersetzten. Die Ohnmacht der spanischen Kommunisten hat diese Entwicklung nicht aufzuhalten vermocht. Aber trotzdem wäre es falsch, auf Grund der Wahlergebnisse — die weitgehend durch Wahlbetrug und die erstmalige Teilnahme der Frauen an den Wahlen bestimmt wurden — daß die Kräfte der spanischen Arbeiterklasse bereits erschöpft sind und daß die bürgerliche Republik, statt Kampfplatz für den proletarischen Befreiungskampf zu werden, wieder von der Monarchie abgelöst wird. Die großen Streiks der letzten Monate in Spanien zeigen, daß die spanische Arbeiterklasse noch über ungeheure innere Reserven verfügt und es würde uns nicht in Erstaunen setzen, wenn gerade das Anwachsen der konterrevolutionären Gefahren zu einem neuen Aufschwung der revolutionären Energien in Spanien führen wird.

Wenden wir unsere Blicke aber einen Augen-

blick von Europa weg, dann sehen wir ein ähnliches Bild, wie das oben skizzierte in allen Staaten der Welt. Im fernen Osten bricht sich die bürgerliche Konterrevolution in China an dem verzweifelten Widerstand der roten Armeen Sowjetchinas die Zähne aus. Trotz der furchtbaren Schwächen der chinesischen proletarischen Revolution, die in den großen Industriestädten im Jangtse-Tal fast einflußlos sind, vermag es eine relativ kleine Schar von revolutionären Proletariern die Kräfte der Agrarrevolution auf einem Gebiet mit 80 Millionen Einwohnern im Süden Chinas, zu mobilisieren und erfolgreich der Konterrevolution standzuhalten. In Japan selbst, das den Anschein eines durch und durch einheitlichen, von oben bis unten militarisierten Staates erweckt, wächst unterirdisch sowohl die Arbeiterbewegung wie auch die Bauernbewegung heran. Auf dem amerikanischen Erdteil geht von den revolutionären Erhebungen auf Kuba eine Welle des antäimperialistischen Aufschwungs über ganz Mittel- und Südamerika, deren weitere Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist.

Nein, ihr Herren Henker, die ihr Deutschland verwegelt, der mächtige Vulkan der sozialen Revolution ist nicht ausgebrannt. Das unterirdische Grollen dröhnt weiter, die glühende Lavamasse ist

zwar in Deutschland zurück in die Tiefe gedrängt worden, aber sie ist vorhanden, sie wächst weiter und sie bricht bereits hier und dort wieder hervor. Es wird niemandem gelingen, die internationale Arbeiterklasse andäuglig zu besiegen. Wir haben die Schlacht in Deutschland im März verloren, aber der große Klassenkrieg geht weiter und früher oder später — und vielleicht früher als manche es meinen — wird auch die deutsche Arbeiterklasse wieder ihren Platz in der großen kämpfenden Armee des internationalen Proletariats einnehmen. Diesen Tag bereiten wir vor, er kommt nicht von selbst. Wir zeigen allen Arbeitern, warum wir geschlagen wurden und wir zeigen ihnen den Weg zu neuem Kampfe und zu neuem Sieg. Wir, das sind die revolutionären Linken, die Marxisten-Internationalisten, die die Wiedergeburt der geschlagenen und zersetzten revolutionären Partei vorbereiten, nicht mehr als der Partei des Bürokratismus, politischer Schwankungen und kleinbürgerlichen Illusionen des Zentrums, sondern die erneuerte Partei mit einer klaren Klassenpolitik, mit einer unverwundlichen internationalistischen Orientierung und mit einer wahren inneren Demokratie, die den Arbeitern die Möglichkeit geben wird, alle ihre Kräfte zu entfalten und aus ihren eigenen Erfahrungen zu lernen.

## Richtlinien für die Grazer Arbeitslosen

## Wichtig! An die Abonnenten

Wir appellieren an Euch, die rückständige Abonnentengebühr unverzüglich einzusenden. Dieser Nummer liegen die Erlagscheine für das letzte Vierteljahr bei. Besonders an jene Abonnenten ergeht die dringende Mahnung, ihre Pflicht zu erfüllen, die zwei oder mehrere Vierteljahre mit ihrem Abonnement im Rückstand sind. Wir sehen uns gezwungen, allen jenen, die mehr als drei Vierteljahre mit ihrem Abonnement im Rückstand sind, und bei Ende des Jahres ihre Schuld nicht begleichen, die Zusendung der Zeitung einzustellen. Obwohl es sich um langjährige Abonnenten handelt, sind wir wegen der drückenden finanziellen Schwierigkeiten zu dieser Maßnahme gezwungen, falls die säumigen Zahler ihre Pflicht nicht erfüllen. Meist sind es nicht Arbeitslose, die mit ihrem Abonnement im Rückstand sind. Wir erwarten, daß unsere Leser die dringende Mahnung berücksichtigen und unverzüglich ihre Rückstände begleichen.

Aber auch an die übrigen Abonnenten geht das dringende Ersuchen, sofort ihr Abonnement einzusenden. Jeder Groschen hilft die Existenz des Blattes zu sichern. **Erfüllt Eure proletarische Pflicht.**

Die Verwaltung.

Dachdecker- und Pflasterergewerbe, die Arbeit bei gewerblichen Bauunternehmungen sowie in Hotels, Restaurants, Kaffeehausbetrieben, Pensionen und Sanatorien.)

Die Wartefrist beträgt außer der bisherigen Wartezeit für Arbeitslose, die in Hotels, Restaurants, Kaffeehausbetrieben, Pensionen und Sanatorien beschäftigt waren und Trinkgeld bekamen, für jeden Monat Beschäftigung während des letzten Jahres sieben Tage; bei Zahlkellnern und Hotelportieren 14 Tage. Hat ein solcher Arbeitsloser für eine Familie mit zwei und mehr Kindern zu sorgen, so verringert sich die Wartefrist um die Hälfte der obgenannten Zeit.

Bei besonders berücksichtigungswürdigen Fällen kann die Industrielle Bezirkskommission über Ansuchen des Arbeitslosen von der Verlängerung der Wartezeit Abstand nehmen oder die Verlängerung verkürzen.

Arbeitslose, die in Kalkbrüchen und Kalkbrennereien, in Ziegelbrennereien, im Baumeister-, Maurermeister-, Zimmermann-, Deichgräber-, Stukkateur-, Dachdecker- und Pflasterergewerbe beschäftigt waren, haben neben der schon bestanden Wartezeit für jede Woche Beschäftigung innerhalb des letzten Jahres einen halben Tag Wartezeit.

Haben letztere Arbeitslose oder deren Angehörige einen Realbesitz, so kann die Wartezeit verdoppelt werden.

Der Beschluß bezüglich der Verlängerung der Wartezeit gilt ab 6. November 1933.

Die Arbeitslosen müssen vier Wochen vor Ablauf der Frist (Höchstausmaß) des Bezuges beim Schalterbeamten ihres zuständigen Schalters um Verlängerung ansuchen. Viele Arbeitslose mußten daher, weil sie ihr Ansuchen nicht meldeten, mehrere Wochen auf ihre Unterstützung warten, es sei gesagt, jeder Arbeitslose muß sein Ansuchen selbst stellen, da der Schalterbeamte der Pflicht entbunden wurde, vor Ablauf des Höchstausmaßtermins, das Ansuchen zu stellen.

Beispiel: Der Bezug läuft am 10., 12., 13. oder 15. Jänner 1934 ab, so muß das Ansuchen am 10., 12., 13. oder 15. Dezember 1933 gestellt werden, damit keine Verzögerung eintritt.

Diejenigen Arbeitslosen, denen aus irgendwelchen Gründen (wegen Mißbrauch, verlängerte Wartezeit) die Unterstützung eingestellt wurde oder am Bezug der Unterstützung behindert waren, müssen auf alle Fälle ihre Stempelgebühren einhalten, weil sie sonst bei eventuellen Einsprüchen gegen die Beschlüsse der IBK, den Anspruch auf Unterstützung wegen »Nichtmeldens« verlieren.

### Was ist mit der Kohlenaktion

Alljährlich organisierte das Land Steiermark und die Gemeinde Graz eine Kohlenaktion für die Arbeitslosen. Bis jetzt ist von einer solchen Kohlenaktion für dieses Jahr, obwohl der Winter schon mit voller Wucht eingesetzt hat, nichts verlautbart worden.

Die Not ist heuer in den Kreisen der Arbeitslosen, trotz aller Reden über die wohnende Wirkung des Vaterländischen Kurses, nicht geringer. Die Kälte und der Hunger nagt an den unterernährten Körpern der Erwerbslosen. Das Land und die Gemeinde muß auf ihre Pflicht erinnert werden. Heraus mit Kohlen für die kalten Stuben der Arbeitslosen!

### Mietzinsschuld

Laut Stadtratsbeschluß vom 29. August 1933, erhalten nur mehr jene Hauptmieter den städtischen Mietzinsschuld, welche in Graz wohnen und nach Graz zuständig sind.

Alle arbeitslosen Hauptmieter, die sich zum Erstbezug gemeldet haben, sowie jene, die in der Zeit ab September einige Wochen in Arbeit standen, müssen sich zwecks Bestätigung der Zuständigkeit, im Amtshaus, II. Stock, Tür-172, mit Arbeitslosenkarte und Heimatsdokument melden.

Amtszuständen in der Zeit von 8—1 Uhr vormittags. Bei Nichtbeachtung dieser Meldungspflicht gibt es am Monatsersten Schwierigkeiten.

### Volksauspeisung der Gemeinde Graz

Die Volksauspeisung wird gewährt:

#### 1. Gegen Lösung einer Speisemärke von 30 g:

a) Allen in Graz wohnenden Arbeitslosenunterstützungsempfängern gegen Vorweis der Kontrollkarte und des polizeilichen Meldescheines.

Arbeitslose, welche wegen Verlängerung augenblicklich nicht im Bezüge der Unterstützung stehen, haben den Meldeschein für Arbeitsnachfrage vorzuweisen, auf welchem der Wohnort nachgetragen sein muß.

b) Allen ausgesteuerten oder nicht im Bezüge der Unterstützung stehenden Arbeitslosen ohne Rücksicht auf ihre Zuständigkeit.

c) Altersfürsorgerechnern, Altersrentnern, Kleinentnern gegen Vorweis des Rentenbezugscheines und des polizeilichen Meldescheines.

d) Den Notleidenden des Handels- und Gewerbestandes gegen Vorweis eines Anspruchsscheines, der bei der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Burggasse 13, oder von den zuständigen Genossenschaften ausgestellt wird, und eines polizeilichen Meldescheines.

e) Sonstigen bedürftigen Personen gegen Vorweis eines Bezugscheines, der in der Kanzlei für die städtische Volksauspeisung, Neutorgasse 36, I. Stock, bei Vorweis eines polizeilichen Meldescheines und von Personaldokumenten zu beschaffen ist.

Die Speisemärkte sind gegen Erlag von 30 g stets am Vortage (für den ersten Auspeisetag am 30. Oktober mithin bereits am Sonntag den 28. Oktober) gegen Vorweis der vorangeführten Dokumente bei jener Auspeisestelle zu lösen, von der die Speise bezogen wird.

#### 2. Gegen Vorweis der Freikarte für die Volksauspeisung.

Freikarten erhalten nach Graz zuständige und in Graz wohnhafte Ausgesteuerte gegen Vorlage des Heimatscheines, des Meldescheines für Arbeitsuchende, der Bestätigung des Arbeitsamtes über den Nichtbezug der Arbeitslosenunterstützung und des polizeilichen Meldescheines.

Fremdzuständigen Ausgesteuerten können derzeit Freikarten nicht gewährt werden, weil noch nicht feststeht, ob und in welchem Ausmaße der Bund für die Winterhilfe einen Beitrag beisteuern wird. Ansuchen der Fremdzuständigen um Freikarten werden trotzdem bei der Volksauspeisestelle

aufgenommen und der Heimatgemeinde mit dem Antrage auf vorläufige Uebernahme der Kosten übermittelt werden. Alle übrigen bedürftigen Personen, die um eine Freikarte ansuchen, können erst nach durchgeführter Erhebung in den Bezügen derselben gelangen. Die Freikartenausgabe und die Entgegennahme der Ansuchen erfolgen täglich beim Stadtrat Graz, Neutorgasse 36, I. Stock, von halb 9 bis 12 Uhr vormittags.

Die Erneuerungen der Freikarten haben stets in der Woche vor deren Ablauf nach folgender Buchstabenabteilung zu erfolgen: A, B, C, D, E Montag, F, G, H, J Dienstag, K, L, M Mittwoch, N; O; P; Q Donnerstag, R, S, T, U Freitag, V, W; X; Y; Z Samstag.

Diese Tage sind genauestens einzuhalten.

Ohne Vorweis der oben angeführten Dokumente werden keine Freikarten ausgereicht.

Die Ausgabe von Zahlkarten findet an Werktagen von halb 12 bis 13 Uhr statt. Die Zahlkarten für Sonntag sind stets am Freitag, jene für Montag am Samstag zu lösen.

### Wichtig für die Arbeitslosen

Die Industrielle Bezirkskommission in Graz hat auf Grund des Erlasses des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 20. September 1933 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es werden die Gemeinden Judendorf-Stranengel, Untermastitten und Werdorf im Gerichtsbezirk Umgebung Graz; Radkersburg im Gerichtsbezirk Radkersburg; Murau im Gerichtsbezirk Murau; Ehrenhausen, Leitzing, Hitzing und Tullmitsch im Gerichtsbezirk Leibnitz; Steining, Suckold und Weitendorf im Gerichtsbezirk Wildon; Lannach und Stainz im Gerichtsbezirk Spang; Hollenegg und Laßnitz im Gerichtsbezirk ...; Vordersdorf und Wernersdorf im Gerichtsbezirk Ebiswald; Arnstein, Kainach, Lobming und Lobmingberg im Gerichtsbezirk Voitsberg; Friedberg und Pinggau im Gerichtsbezirk Friedberg; Hartberg im Gerichtsbezirk Hartberg; Kleegraben im Gerichtsbezirk Fürstfeld; Bad Gleichenberg im Gerichtsbezirk Feldbach; Anger und St. Kathrein a. H. im Gerichtsbezirk Birkfeld; Floing im Gerichtsbezirk Weiz; Klaus im Gerichtsbezirk Liezen, aus der Zone B gestrichen und in die Zone C eingereiht.

2. Ledigen Arbeitslosen unter 25 Jahren, die für keine Familie zu sorgen haben, wird die Notstands-aushilfe in allen neuen C-Gemeinden sowie auch in den alten C-Gemeinden und in allen rein ländlichen Gemeinden Steiermarks in der Zeit vom 6. November bis 3. Dezember nicht gewährt.

In den obangeführten Gemeinden erhalten ebenfalls keine Notstandsaushilfe a) verheiratete Arbeitslose ohne Kinder, b) verheiratete Arbeitslose mit einem Kind, und c) ledige Arbeitslose, die für höchstens zwei Personen zu sorgen haben, wenn sie oder ihre nächsten Angehörigen einen Grundbesitz haben und wenn ihnen die Notstandsaushilfe um 40 oder 50 Prozent verkürzt war. Diese Arbeitslosen erhalten für die Zeit vom 6. November bis 17. Dezember keine Notstandsaushilfe.

Jene Arbeitslosen, denen bei Zutreffen obiger Voraussetzungen die Notstandsaushilfe um höchstens 20 oder 30 Prozent gekürzt war, erhalten keine Notstandsaushilfe vom 6. November bis 3. Dezember.

Nach Ablauf der vorher genannten Zeiten erhalten die Arbeitslosen nur dann wieder die Unterstützung, wenn sie darum ansuchen. Die Bewilligung kann aber nur erfolgen, wenn der Arbeitslose während der Zeit, in der er keine Unterstützung erhielt, regelmäßig Arbeit gesucht hat. Der Nachweis ist gleich beim Ansuchen zu erbringen.

3. Die bisherigen Wartefristen wurden bei Saisonarbeitern verlängert. (Als Saisonarbeiten gelten folgende Arbeiten: in Kalkbrüchen und Kalkbrennereien, in Ziegelbrennereien, im Baumeister-, Maurermeister-, Zimmermann-, Deichgräber-, Stukkateur-,

## Nach der Spaltung der franz. Sozialdemokratie

Vor einigen Tagen hat Otto Bauer in der »Arbeiter-Zeitung« die Beschlüsse der letzten Tagung des Büros der 2. Internationale »kommentiert«. Im Mittelpunkt dieser Tagung und der Beschlüsse steht die Krise und Spaltung der französischen Sozialdemokratie.

Die Führer der 2. Internationale haben sich offen für die »Neo-Sozialisten« erklärt! Sie haben — statt sich gegen ihre reaktionäre Ideologie zu wenden — ihre Zurückführung in die französische Sozialdemokratie gefordert. Sie haben dem Führer der »Neo-Sozialisten«, P. Renaudel, geradezu eine Huldigung entgegengebracht, indem sie ihm seine »wahrhaft internationalistische Gesinnung« bescheinigten.

Diese Haltung der Führer der 2. Internationale von Wels bis Otto Bauer ist durchaus erfreulich. Sie haben darauf verzichtet, von den reaktionären Neo-Sozialisten abzurücken, denn sie alle sind bereit, die Politik, die jene vorschlagen, praktisch anzuwenden, wenn ihnen die Bourgeoisie die Möglichkeit dazu gibt. Was wollen denn die »Neos«?

Auf dem letzten Parteitag der französischen Sozialisten sind die Führer des rechten Flügels mit einem neuen Programm aufgetreten, das unter dem Schlagwort »Neosozialismus« bekannt geworden ist. Renaudel, Marquet, Deat und Montagnon klagten in ihren Parteitagsreden die herrschende Mittelgruppe, die von Leon Blum geführt wird, an, daß sie durch ihre Politik die Mittelschichten abstoßen, die Jugend sich selbst überlassen, die Wirtschaft überlebten. Doktrinen des 19. Jahrhunderts und die Nation der »Internationalen« opfern.

Dieser Politik der Gruppe um Leon Blum stellen die Neo-Sozialisten ein Programm entgegen, das sie in den drei Worten zusammenfassen: »Ordre, autorité, nation«. Verwirklicht soll dieses »Programm« durch die Beteiligung an der Regierung, durch eine konservative Innenpolitik und durch die bedingungslose Unterstützung der Wünsche des französischen Generalstabes und der Admiralität werden.

Der regierende Parteiflügel um Leon Blum machte die allergrößten Anstrengungen, um eine Parteispaltung zu vermeiden. Aber bei jedem dieser Versuche, bei jedem Kompromiß — wie sie der Parteitag von Avignon und der Parteitag im Palais de Mutualité zu machen versuchte — stieg der Druck der unteren Organisationen, die die Ausübung der Rechten aus der Partei forderten. Die Gefahr, daß die Kommunisten aus einem längeren Fortdauern der Parteikrise ernsthafte Erfolge ziehen könnten, wurde für die innerlich geschwächte und zersetzte Partei immer größer. Der bemerkenswerte Erfolg den der bekannte kommunistische Parlamentarier Marcel Cachin kürzlich in Bordeaux bei einer Massenversammlung feiern konnte, wo er unter frenetischem Beifall großer Massen die Politik des Führer der Rechten, des Bürgermeisters von Bordeaux, Marquet, anklagte, alarmierte zweifellos die sozialistische Parteiführung.

Unter dem Druck der unteren Organisationen schritt der außerordentliche Parteirat Anfangs November zum Ausschluß jener führenden Mitglieder der Rechten, die auf der Kundgebung in Angoulême das Programm des Neo-Sozialismus dem sozialistischen Parteiprogramm entgegengestellt hatten. Die Rechte antwortete auf diesen Schritt mit der Gründung der »Jean Jaures-Gruppe«, das heißt von Propagandagruppen für eine neue Partei und der Herausgabe einer eigenen Tageszeitung »Appel«. Sie fand bei diesen Schritten in der Mitgliedschaft nur ein geringes Echo, dagegen ein sehr starkes in der Parlamentsfraktion, die sich in drei Teile spaltete: in die Gruppe der Rechten mit Renaudel an der Spitze, in die Versöhnlergruppe um Frossard und die offizielle Parlamentsfraktion der Sozialisten, die Gruppe Leon Blum, die nur eine Minderheit darstellt, aber die überwiegende Mehrheit der Partei auf ihrer Seite hat. Der Übergang der starken Versöhnlergruppe um Frossard in das Lager der Rechten ist nur eine Frage der Zeit, denn das einzige, was sie von dieser unterscheidet, ist die Disziplinfrage: im Gegensatz zur Renaudelgruppe hat sich die Frossardgruppe nicht an der Spaltungskundgebung von Angoulême beteiligt. In Frossard besitzt die französische sozialistische Partei den ausgeprägtesten Vertreter jenes Typus, den man in der Vorkriegszeit als »Briandismus« bezeichnete. Ähnlich wie Aristide Briand, der sich von weit links zum konservativen Politiker entwickelte, ist Frossard vom revolutionären Lager gekommen. Er war jahrelang an der Spitze der französischen Kommunisten, wurde von ihnen ausgeschlossen und stellt jetzt, nach der Abspaltung der Renaudelgruppe den rechten Flügel der französischen Sozialistischen Partei dar.

Die Renaudelgruppe hat sich in den letzten Tagen unter dem Namen »Sozialistische Partei Frankreichs« als eigene Partei konstituiert und richtet ihr Hauptaugenmerk darauf, an der Regierung teilzunehmen. Adrien Marquet, der Bürgermeister von Bordeaux, erklärte kürzlich im »L'Ouvrier« (19. Nov. 1933): »Regieren, das bedeutet nicht zu dulden, daß das Elend der einen und die Privilegien der anderen auf den Staat einen unerträglichen Druck ausüben.«

Das ist das Gesicht der neuen Partei, deren Wiedervereinigung mit der französischen Sozialdemo-

kratie Otto Bauer so warm verteidigt! Das heißt nicht, daß Bauer und Adler etwa gegen Leon Blum sind. Sie verstehen sehr gut, daß Leon Blum und Paul Faure die Rechten ausschließen mußten, wenn sie nicht die proletarischen Teile der Partei offen wollten. Die taktische Rücksicht auf die »dummen« Arbeiter die die staatspolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart nicht begreifen — das ist ja das einzige, was sie unterscheidet: die linkserschließenden Reformisten Bauer, Blum, Adler auf der einen Seite und die Staatsmänner Renaudel, Van der Velde auf der anderen. (Damit hat es ja auch seine liebe Not in Oesterreich, Anm. d. Red.).

## Zur Anerkennung Rußlands durch Amerika

Gibt Stalin die amerikanischen Revolutionäre preis?

Die amerikanische Regierung hat die USSR offiziell anerkannt und bereits ihren Gesandten in Moskau namhaft gemacht. Diese Anerkennung ist ein großer Erfolg für die Sowjetregierung. Sie verdankt ihn in erster Linie der Krise des amerikanischen Kapitalismus und dem offensichtlichen Zusammenbruch des Roosevelt'schen Experiments, über das wir demnächst ausführlich berichten werden. Wie es für Marxisten klar war, scheiterte der Versuch, das kapitalistische System in Amerika durch eine Reorganisation der Wirtschaft unter staatlicher Kontrolle zu beleben. Es zeigte sich klar, daß die Krise des Kapitalismus nicht auf Organisationsfehler zurückzuführen ist, nicht auf den Mangel an Klugheit, auf die Fehler einzelner Kapitalisten, sondern daß das System des Kapitalismus völlig aus dem Gleichgewicht geraten ist, daß es überlebt ist und sich nur vorübergehend dadurch eine Atempause schaffen kann, daß es sich neue Märkte erschließt. Diese Märkte aber sind überaus spärlich und im allgemeinen bereits verteilt, so daß der Kampf um neue Märkte mit dem imperialistischen Krieg gleichbedeutend ist.

Der letzte große, der imperialistischen Einflusssphäre entzogene, aufnahmefähige Markt ist die USSR. Der Zusammenbruch der Roosevelt'schen Pläne stellte die USA bei der Frage, sich mit Waffengewalt den chinesischen Markt zu holen oder zu einem Kompromiß mit der USSR zu gelangen. Im Verlaufe dieses Jahres hat die USA einige Versuche unternommen, die Unterbrechung des Handels zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen Japan zu gewinnen. England hat diese Unterbrechung abgelehnt, weil es an einem Sieg der USA in China noch weniger interessiert ist als an der Vordringung Japans, dessen innere Kräfte ökonomisch sehr schwach sind, um seine militärischen Eroberungen wirtschaftlich zu erschließen und daher früher oder später Unterstützung bei der Ausbeutung Nordchinas brauchen wird.

Auf der anderen Seite hat die Londoner Weltwirtschaftskonferenz den USA gezeigt, daß sie mit ihrer Dumpingpolitik isoliert sind und die anglo-französische Entente befestigt wurde, während Deutschland durch seine kolonialen Ansprüche im Osten Europas und in Afrika als ein Bundesgenosse für die USA im Augenblick nicht in Frage kommt. So haben ihre eigenen Interessen, Widersprüche und ihre außenpolitische Isolierung infolge ihrer Dumpingpolitik die USA dazu veranlaßt, sich vorläufig der USSR zu nähern, um so den russischen Markt für die amerikanische Ueberproduktion zu erschließen.

Gerade diese Prozesse innerhalb der USA haben für die USSR eine außerordentlich günstige Verhandlungsbasis geschaffen. obgleich sie selbst genügend innere Schwierigkeiten infolge der falschen Stalin'schen Wirtschaftspolitik und der außenpolitischen Bedrohung durch Japan und Deutschland haben.

Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen aber gewinnt man den Eindruck, als ob die Sowjetregierung die Anerkennung durch die USA mit einem Preis bezahlt hat, von dem nur das eine gesagt werden kann, daß er nicht diskutiert werden kann, weil er einer Kapitulation gleichkommt. Wir sprechen hier mit aller Vorsicht und behalten uns vor, noch auf diese Fragen zurückzukommen, falls die Meldungen, die uns bis jetzt zur Verfügung stehen, ungenau oder gar falsch sind. Für den Augenblick aber müssen wir von der Richtigkeit dieser Meldung ausgehen, da sie bis jetzt nicht demontiert wurden.

Nach den offiziellen Mitteilungen schrieb Litwinow an Roosevelt unter anderem auch über die Frage des Verhaltens der USSR gegenüber den amerikanischen Kommunisten. In diesem Brief heißt es: »3. Sie (die Sowjetregierung) verpflichtet sich, die Bildung oder die Existenz von Gruppen, die vorgeben eine amerikanische Regierung, die nicht identisch ist mit Washington — zu repräsentieren oder diese Regierung mit Gewalt zu stürzen, auf dem Sowjetterritorium zu verbieten. 4. Sie verpflichtet sich, den Aufenthalt jeder politischen Gruppierung, die sich das Ziel setzt, die politische und soziale Ordnung in den USA zu stürzen, auf dem Sowjetgebiet zu untersagen.«

Aus der Sprache der Diplomatie übersetzt, bedeutet diese Verpflichtung die Preisgabe der amerikanischen proletarischen Revolutionäre. Denn wie kann die USSR z. B. den amerikanischen Kommunisten die Einreise zu einer Tagung der Komintern in Moskau gestatten, ohne in einen ernststen Konflikt mit der USA-Regierung zu kommen, nachdem sie diese Erklärung abgegeben hat? Man kann den Gegner belügen, wenn es sich um den Klassenfeind handelt und jedes Mittel der Täuschung anwendet. Man kann sagen, daß die Sowjetregierung keinerlei Verantwortung für die Komintern trägt. Das alles ist zulässig. Aber diese Erklärung Litwinows ist eine offene Kapitulation. Es handelt sich ja nicht allein um die kleine amerikanische Kompartei! Man komme uns nicht und sage, das sei »Diplomatie«, in Wirklichkeit bekommen die amerikanische Partei doch ihre Unterstützung und die Anerkennung durch die USA sei schließlich ein Kompromiß wert. Das ist nichts anderes als die schmälliche Rechtfertigung eines noch schmällicheren Opportunismus. Wenn die Sowjetregierung erklärt, daß sie jede Organisation auf ihrem Territorium nicht nur verbietet, sondern das Betreten des USSR-Territoriums verwehrt, wenn diese Organisation das Ziel verfolgt, die soziale Ordnung in den USA zu stürzen, dann macht sich die USSR zum Advokaten der kapitalistischen Ordnung in den USA und verrät direkt die Arbeiter Amerikas. Ist das ausgeschlossen?

Es sind 7 Jahre her, da unterzeichneten die Führer der chinesischen Kompartei auf Befehl Stalins eine ähnliche Erklärung, in der sie die Kuomintang und ihr Programm anerkannten. Es sind 6 Jahre her, da unterzeichneten die Vertreter der russischen Gewerkschaften im anglo-russischen Komitee auf der Sitzung in Berlin die gleiche Kapitulation, in der sie die Streikbrecher Purcell, Citrine & Co. als die einzigen Vertreter der englischen Arbeiterbewegung anerkannten.

Wenn Stalin jetzt die amerikanischen Kommunisten preisgeben sollte, dann muß man diese Haltung brandmarken und die revolutionären Arbeiter davon überzeugen, daß solche Kapitulationen ein Verbrechen sind. Bedeutet das aber, daß wir jetzt mit großem Pathos erklären, die USSR hat aufgehört revolutionär zu sein, man muß die zweite Revolution in Rußland organisieren?

Nein, davon kann keine Rede sein. Wir gehören nicht zu jenen, die bereits innerlich jede Hoffnung aufgegeben haben und nur auf einen dramatischen Zeitpunkt warten um zu erklären: Jetzt aber ist der Verrat vollendet, es lebe die neue Revolution in Rußland. Am schlimmsten sind jene, die die neue Revolution in Rußland für unvermeidlich halten und daher eine neue Partei in Rußland propagieren, aber die zweite Revolution formell aus taktischen Gründen ablehnen.

Sollte jetzt Stalin wirklich die amerikanischen Kommunisten preisgeben, dann bedeutete dies nicht eine Veränderung der sozialen und politischen Ordnung, die aus der Oktoberrevolution hervorging, sondern einen neuen Marktstein im Prozeß des Verfalls der herrschenden bürokratischen Oberschicht in der USSR.

## Aus der Internationale

Rußland

### Wendung nach rechts

Wir haben an anderer Stelle unseres Blattes bereits über die Erklärungen Litwinows an Roosevelt geschrieben und darauf hingewiesen, daß diese Politik direkt an die rechte opportunistische Politik Stalin-Bucharin in den Jahren 1926/27 in China und England anknüpft.

Vor einigen Tagen erschien nun ein Erlaß, der für die Gebiete Moskau, Leningrad, Gorkigrad und für die autonomen Republiken der Tartaren, Baschkiren und für die Krim den freien Getreideverkauf vorsieht, da diese Gebiete ihre Ablieferungspflicht und die Aussaat des Frühjahrsgetreides erfüllt haben.

Gleichzeitig ist für den 25. Dezember eine Sitzung der Sowjetexekutive und der Parteitag der

KPD SU für den Monat Januar 1931 einberufen worden.

Wir verzeichnen vorläufig diese Tatsachen. Es hat den Anschein als ob die Stalin'sche Führung eine große Rechtswendung vorbereitet und bereits den plötzlich einberufenen Parteitag in den Dienst dieser Manövers stellt. Auch in der Komintern sind ähnliche Anzeichen sichtbar. Eine politische Annäherung zwischen der KPD-Führung und der Brandlergruppe ist unverkennbar; sie hat bereits in der Gewerkschaftsfrage zu einer Ausgleichung der Linien des ZR der KPD an die der Brandlergruppe geführt. Die schwedische Presse berichtet, daß Bela Kun in Schweden versucht, die dortige, ehemalige Brandlergruppe um Kilborn zurückzugewinnen.

In China läßt die Gründung einer neuen revolutionären Regierung durch die Linken der Kuomintang (Eugen Tschun, Mme Sun-Yat-Sen) in der Provinz Fukien die Vermutung aufkommen, daß hier die

Stalinische Führung an dieser Aktion nicht ganz unbeeinträchtigt ist.

Wir verzeichnen diese Symptome und hoffen, bereits in der nächsten Nummer unseres Blattes eingehender auf diese Fragen zurückkommen zu können.

## Frankreich

### Die Lage in der französischen Opposition

Seit der neuen Orientierung Trotzki's von der 3. zur 4. Internationale ist die Internationale Opposition, vor allem aber die französische Liga in eine schwere innere Krise geraten. Die griechischen Archiomarxisten, die stärkste Trotzki-Gruppe und die polnische Linke sind in offenem Kampf mit dem sogenannten »Internationalen Sekretariat«. Die französische Liga hat sich vor wenigen Wochen gespalten. Die Mehrheit der Pariser Gruppe hat sich von der Liga abgespalten; die politischen Differenzen sind, wie es scheint, nur taktischer Natur. Die Dissidenten erklären, daß sie zwar politisch mit dem neuen Kurs einverstanden sind, daß sie dagegen die Art und Weise wie die Pariser Konferenz im August den Grundstein für die neue Internationale legte — gemeinsam mit den Linksozialdemokraten der SAP — nicht für richtig halten. Entscheidend für die Spaltung der französischen Liga waren nicht die politischen Differenzen, sondern das innere Regime, das die Führung der Liga Molinier-Naville eingeführt hat.

Die Gruppe der Dissidenten, die jetzt eine selbstständige politische Organisation gebildet hat, besteht zum großen Teil aus jungen Genossen, deren Mehrheit die jüdische und polnische Gruppe bilden.

Am 2. Dezember haben sich unsere französischen Freunde, die fraction de gauche (Fraktion der Linken) mit der Dissidentengruppe vereinigt. In der neuen Organisation bilden unsere Freunde mit ihren Auffassungen, die in den wesentlichsten Fragen mit den unserigen übereinstimmen, nur eine Mehrheit. Sie hoffen, daß es ihnen im Verlaufe der Diskussion und gemeinsamer Arbeit gelingen wird, die Mehrheit für ihre Auffassungen zu gewinnen.

Die Auslandsvertretung der Gruppe des »Funkens« hat auf der Vereinigungskonferenz folgende Erklärung abgegeben:

I. Seit die Ereignisse in Deutschland unsere Fraktion gezwungen haben, zur Verstärkung ihrer Arbeit ein Auslandszentrum in Paris aufzurichten, haben wir aktiv an der politischen Arbeit der französischen Linken teilgenommen. Die Basis dieser gemeinsamen Arbeit bildete die gemeinsame politische Plattform der deutschen und französischen Linken, d. h. die Übereinstimmung zumindest in den grundlegenden Fragen.

II. Die durch die Vereinigung neu entstehende französische Linke besitzt in den grundlegenden Fragen eine andere Orientierung, als die deutsche. So viel wir aus der Presse und dem Einigungs-Vorschlag entnehmen können, steht die Mehrheit der vereinigten französischen Linken in allen politischen Grundfragen auf der gleichen Plattform wie die Gruppen des Genossen Trotzki.

Wir halten diesen neuen Kurs, den die Mehrheit der neuen Gruppen und ihre Presse, die »L'Internationale« einschlägt, für nicht richtig. Wir hegen die ernste Befürchtung, daß dieser politische Kurs die französischen Linken völlig von den Mitgliedern und Anhängern der PCF isolieren wird, daß er zur Quelle politischer Abweichungen insbesondere in der russischen Frage werden wird. Wird die neue Organisation auf dieser Plattform Halt machen, so wird sie sich unvermeidlich politisch in ein Anhängsel die Liga verwandeln. Ihr Kampf gegen diese wird — mangels politischer Differenzen — die Form eines Zankes, eines persönlich zugespielten Kampfes annehmen.

III. Eine solche Entwicklung der neuen Gruppe wäre ein wirkliches Unglück für die Zukunft der re-

volutionären Bewegung in Frankreich. Die deutschen Linken hoffen, daß es im Laufe ernster Diskussionen und eigener Erfahrungen den französischen Genossen gelingen wird, sich eine wirklich marxistische Plattform zu schaffen und zu einer selbständigen marxistischen Strömung zu werden.

Die Auslandsvertretung der deutschen Linken würde es begrüßen, wenn sich eine wirklich brüderliche Zusammenarbeit zwischen ihr und der neuen französischen Linken entwickeln würde. Um diese

Zusammenarbeit zu fördern, schlägt sie die Bildung einer internationalen Kommission vor — unter Hinzuziehung der italienischen Genossen. Diese Kommission soll gründlich die Fragen überprüfen, die im Jahre 1931 zur Spaltung der Internationalen Opposition — vor allem in Deutschland — geführt haben. Wir glauben, daß dies der beste Weg ist, nur eine Reihe vermeintlicher oder wirklicher Differenzen zu klären, die zwischen uns und einigen Genossen von Euch bestehen.

## Arbeiterbriefe aus Deutschland

Wir haben kürzlich mit der ausführlichen Berichterstattung aus Deutschland begonnen. In Zukunft werden wir diese Berichte regelmäßig in jeder Nummer dieses Blattes bringen. (Die Redaktion.)

### Die »Wahlen«

»Nun ist die »Wahl« beendet und das allgemeine Ergebnis bekanntgegeben worden. Zur Wahrhaftigkeit dieses Ergebnisses, folgendes Beispiel: In einem Wahllokal im Berliner Westen (keine reine Arbeitergegend), die als stark faschistisch verachtet gilt, wohnten unsere Genossen der Auszählung bei und beobachteten scharf diesen Akt. Das Resultat der Auszählung war 1300 Jastimmen und 440 Neinstimmen. Bei der Zählung ging es so vor sich: Die Volksabstimmung wurde ziemlich genau gezählt, bei der Zählung der Reichstagswahlzettel aber wurde jeder irgendwie durchgestrichene Zettel als gültig gezählt, und deren gab es viele. Die Parole der Partei war gewesen, den Reichstagswahlzettel zu durchstreichen. Auch bei vielen Strichen kreuz und quer, wurde der Zettel für die NSDAP gewertet. Der Wahlvorsteher begründete das damit, daß er sagte: hätte der Betreffende seine Stimme ungültig machen wollen, so hätte er das auf andere Art getan; wie, sagte er nicht.

So wurden schließlich nur wenige Stimmen für ungültig erklärt, aus dem Haufen dieser wenigen Stimmen suchte am Schluß der Wahlvorsteher nochmals 34 Zettel heraus und erklärte auch sie für gültig. Was dann noch an der zentralen Wahlstelle geschah, das weiß man natürlich nicht. Aber schon im Wahllokal war der Schwindel so groß, daß es selbst einigen SA-Leuten manchmal zu bunt war; diese waren über die vorhandenen »Nein«-Stimmen aufs höchste entsetzt, sie hatten Neinstimmen überhaupt nicht für möglich gehalten. Wie uns berichtet wird, soll die L'Humanité geschrieben haben, die mit Nein gestimmten haben, waren Helden. Das ist natürlich Käse. In Berlin wenigstens war nirgends festzustellen, wer mit Nein stimmte.

Ein Boykott der Wahl wäre nur möglich gewesen, wenn breite Massen vorher mobilisiert worden wären. Das war ja bekanntlich nicht der Fall. So aber war er unmöglich. Die Nazis verteilten am Tage vor der Wahl an alle Einwohner folgende Zettel: Weil es am 12. November um nichts Geringeres geht, als um das Lebensrecht der deutschen Nation, weil die Grundfrage »Sein oder Nichtsein« bis ins tiefste Aufgerüttelt ist, werde ich mir am Sonntag die Nachfrage erlauben, ob sie Ihrer Wahlpflicht nachkommen sind. Der Wahlhelfer.

Schon ab 1 Uhr setzte die Schlepparbeit der Nazis ein. Die Folgen des Boykotts sind im mildesten Falle Entlassung gewesen. So wurden in Cöpenick am Tage nach der Wahl drei städtische Angestellte aus diesem Grunde entlassen, ebenso zahlreiche Arbeiter der Thyssenwerke in Mülheim.« Berlin, 18. XI. 1933.

### Stimmung in der Arbeiterschaft und Partei

Auch die allgemeine Unzufriedenheit, die besonders durch die Kurzarbeit und die Spenden für die Winterhilfe (die hauptsächlich aus faulen Kartoffeln besteht) hervorgerufen wird, darf nicht überwertet werden. Noch ist die Angst größer als die Un-

zufriedenheit. Und doch, es gibt so eine bestimmte Wut in der Arbeiterschaft, die, wenn sie erst einmal Luft haben wird, furchtbar wirken wird. Schon sind doch trotz aller Angst einige Arbeiter mutiger geworden. Sie sprechen sich jetzt schon öfter über ihre Not aus als noch vor einigen Wochen. Aber weiter langt es noch nicht. Die Arbeitslosen übrigens sind von einem besonderen Schlag getroffen worden. Man hat einen neuen Höchstsatz für die Mietsbeihilfen festgesetzt, durch den mancher gar keine Beihilfe bekommt, andere bis 12.— Mark weniger. Das hat schon zu ziemlichen Diskussionen auf den Wohlfahrtsämtern geführt. Auf den Stempelstellen ist man zum großen Teil wieder dazu übergegangen, nur einmal monatlich stempeln zu lassen.

Die Partei ist organisatorisch einigermaßen wieder in Ordnung. Ueberall besteht wieder der Zusammenhang, Post und Zeitungen kommen, allerdings auf einem schandbarem Niveau. Die Einsicht bei den Funktionären wächst und es kommt bei gewissen Anlässen zur offenen Opposition (z. B. bei dem Versuch einer UBL eine Demonstration zustande zu bringen). Unsere illegalen Zeitungen finden überall Zustimmung. Die Parole, für die neue Partei findet in der Partei keinen Anklang, wohl aber z. Teil bei den SPD-Leuten und Freigewerkschaftlern. Mit der SPD in unserer Gegend ging es schon wieder vorwärts, sie hatte sich von der Karlsbader Zentrale losgesagt. Jetzt aber ist bei ihnen die Leitung hochgegangen und die neue scheint das Rad wieder rückwärts zu drehen.

Was unsere Arbeit anbelangt, so ist es uns in den letzten Wochen erneut gelungen, in einem größeren Betrieb nach vielen Versuchen, endgültig einen festen Fuß zu fassen. Im Betrieb Y haben wir hier 20 Leute in 4 Gruppen zusammengefaßt. Diese 4 Gruppen bringen unsere Betriebszeitungen tadellos illegal in ihrem Betrieb und finden gute Zustimmung. Hinsichtlich der Verweigerung von Spenden und der ideologischen Beeinflussung der Belegschaft haben wir hier einige gute Erfolge zu verzeichnen.

Zum Schluß teile ich Euch jetzt noch einen Witz mit, der von den in die Arbeitsfront gepreßten Arbeitern verbreitet wird. Sie sagen: Wir sind Nazis bis auf die Knochen, aber in den Knochen haben wir Marx.« (Aus Hamburg, Ende November).

## Sichert Euer Blatt!

## Spendet Preßfonds!

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI, Strýeckgasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Welmir v. Schwan), Wien, II., Alliiertenstraße 1. — Telefon R-46-4-26.

## Die moralische Henne

Aus »Ursula« von Preczang.

Da war ein junger Hahn im Hühnerstall. Der konnte den Morgen nicht erwarten. Kaum dämmerte ein schwacher Schimmer, da kikerikite er auch schon los. Die andern Hühner hätten gern noch ein wenig genickt. Namentlich eine alte Henne wurde ärgerlich und gackerte: »Halt deinen Schnabel, du Kiekindiwiedel! Die alten erfahrenen Hähne werden uns schon wecken, wenn es an der richtigen Zeit ist! Aber wie junge Geschöpfe nun einmal sind: Sie wissen das besser. Der junge Hahn hörte nicht auf die Mahnung, er konnte einfach nicht anders. Er mußte, wenn kaum die Mitternacht vorüber war, sein gelendes Kikeriki herausschmettern. »Das wird dir übel bekommen, du Gör!«, sagte die Henne. »Du störst die gnädigen Herrschaften im Schlafe. Laß dich warnen, mein Junge!« Er ließ sich nicht warnen. Er wurde nun noch frecher, krährte lauter als vorher. Was kommen mußte, kam. Eines Morgens griff eine grobe rote Hand mitten in die Hühnerfamilie hinein, holte den jungen Hahn heraus und drehte ihm so schnell das Genick um, daß sein dreister Morgengruß in ein Röcheln erstarb. Alle Hühner erwachten und erschrecken heftig. Sie bebten und zitterten vor Furcht. »Hab ich's nicht gesagt?« Die alte Henne

rollte mit den Augen, hob die Pfote und sprach wie ein Pastor: »Seid bescheiden, meine Brüder und Schwestern! Der Besitzer des Hühnerstalles war reich, aber dennoch sparsam. Er ärgerte sich, weil das Korn, das er verfüttern mußte, täglich im Preise stieg, desto weniger Futter streute er. Und weil er ein gutmütiger Mensch war, versuchte er es, den Hühnern klarzumachen. Die Produktionskosten sind zu hoch. Dabei kann ich nicht bestehen. Wir müssen deshalb gemeinsam darauf bedacht sein, sie zu senken.« Die alte Henne nickte, und die anderen auch. »Wir sind ja eine Familie«, sagten sie. »Wir gehören zusammen. Wenn unser Herr uns kein Futter streut, sind wir geliefert. Wir müssen Opfer bringen — im Interesse unserer gemeinsamen Existenz. Strengen wir uns nun erst recht an. Man kann auch mit weniger auskommen. Und sie saßen den ganzen Tag über im Nest und drückten, bis sie ihr Ei fertig hatten. Nur eine junge Henne machte nicht mit. Sie erklärte trotz, das nächste Ei werde erst dann ihren Körper verlassen, wenn sie sich wieder einmal richtig sattegegessen habe. »Wie kannst du so lästerlich reden«, gackerte die alte Henne. »Wir sind zum Eierlegen geboren und haben unsere Pflicht bis zum letzten Atemzug zu erfüllen.« Die junge Henne verharrte in ihrer Verstocktheit. Sie legte einfach kein Ei mehr. Was folgen mußte, folgte. Eines Tages erschien wieder die grobe Hand, fuhr zornig unter das Geflügel, so daß es gackernd und kreischend ausein-

anderstob — und das trotzig Huhn war gefangen. Es mußte noch in derselben Stunde sterben. »Was habe ich gesagt!« Die alte Henne erhob mahnend die Pfote: »Seid fleißig, meine Schwestern!« Die alte Henne gedieh, trotz der spärlichen Fütterung. Sie wußte aus langer Erfahrung, wo es die größten Käfer, die dicksten Regenwürmer gab. Sie scharrte von Sonnenaufgang bis untergang und wurde fett und beliebt dabei. Eines Tages hielt die Köchin unter den Hühnern Umschau nach einen guten Sonntagsbraten: sie lockte sie mit einem heuchlerischen »Puttputt, meine lieben Hühnerchen« heran. Die jüngeren waren mißtrauisch und blieben in respektvoller Entfernung stehen. Die alte Henne aber nahte sich vertrauensvoll. »Ja«, sagte die Köchin, »du bist die beste. Du hast was auf den Rippen!« Sie packte zu. Die alte Henne zappelte ein wenig. Dann verhielt sie sich ganz still und ergeben. Es ist nur eine Prüfung mürmelte sie. Ja, als schon das blanke, blitzende Messer über ihrem Kopfe funkelte, versuchte sie noch, die Pfote zu heben, rollte matt die Augen und röchelte: »Seid gehorsam!« Und wie alles im Leben seinen gerechten Lohn findet, so geschah es auch ihr. Als der Herr des Hühnerstalles beim Sonntagsbraten saß, als er die Keule abknabberte, die sie so oft mahnend erhoben hatte, als ihm das Fett vom Munde troff, stöhnte er genußbegeistert: »Ein prächtiges, ein wirklich anständiges Huhn!«